

Gutachten zum

Hilfe für Betroffene rechter Gewalt

Träger: AMAL Görlitz e.V.

bearbeitet von: Olaf Lobermeier

Inhaltsverzeichnis

1. Zur Einführung: Die Evaluation der Projekte des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“	3
2. Allgemeine Angaben zum Projekt.....	4
3. Kurze zusammenfassende Darstellung des Projektanliegens	4
4. Der Projektkontext.....	5
3.1 Projektkontext Görlitz	5
3.2 Projektkontext Wurzen.....	6
5. Das vom Projekt bearbeitete Problem	7
6. Ursachenannahmen des Projektes und ihre Plausibilität aus wissenschaftlicher Sicht	9
7. Einbindung des Projektes in institutionelle Strukturen und Vernetzung.....	10
8. Darstellung und Bewertung der Ziele und Maßnahmen des Projektes.....	12
9. Zielgruppen und Zielgruppenerreichung	19
10. Bewertung der Effizienz der Maßnahmen	23
11. Hemmende und begünstigende Faktoren für den Projekterfolg.....	24
12. Bewertung des zeitlichen Ablaufs des Projektes	26
13. Hinweise auf Wirkungen der Maßnahmen	26
14. Bewertung des Projektes durch Externe	27
15. Abschließende Bewertung und Fördervotum	28
Literatur.....	31

1. Zur Einführung: Die Evaluation der Projekte des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“

Ein wesentliches Ziel der Evaluation ist es, die Projekte mit allen Stärken und Schwächen transparent nachzuzeichnen, so dass Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt und Fehler bei der künftigen Konzeption ähnlicher Projekte vermieden werden können. Darüber hinaus werden Anlage, Umsetzung und Leistung der Projekte einer fairen Bewertung unterzogen.

Die Evaluation der Projekte erfolgt in Anlehnung an das CIPP-Modell von Daniel L. Stufflebeam und umfasst die Aspekte Kontext, Input, Prozess und Produkt (CIPP nach den englischen Anfangsbuchstaben) sowie darüber hinaus eine Explikation der Projektziele.

Die *Explikation und transparente Darstellung der Projektziele* ist eine wesentliche Voraussetzung für die Beurteilung der Anlage und Umsetzung eines Projektes. Die Ziele und die damit verbundenen Maßnahmen des Projektes wurden in zweitägigen Workshops detailliert nachgezeichnet.

Bei der *Kontextevaluation* geht es um die Erfassung von Bedarfs- und Problemlagen, Ressourcen und Defiziten, die die Arbeit eines Projektes erleichtern oder erschweren können. Die Erfassung und Darstellung von Kontextfaktoren bildet sowohl die Grundlage für eine faire Beurteilung der Projektleistungen als auch für die Entscheidung über eine mögliche Übertragbarkeit des Projektkonzeptes. Die Erfassung der Kontextbedingungen erfolgte aus der Binnenperspektive der Projekte durch problemzentrierte Gruppen- oder Einzelinterviews.

Bei der *Inputevaluation* lag der Focus auf der Angemessenheit der Maßnahmen vor dem Hintergrund von Kontextbedingungen und Zielen.

Die *Prozessevaluation* beinhaltet unterstützende Maßnahmen, die u.a. im Rahmen von zweitägigen Workshops angeboten wurden. In diesem Zusammenhang wurden auch Möglichkeiten der Qualitätssicherung und der Selbstevaluation aufgezeigt.

Im Rahmen der *Produktevaluation* oder summativen Evaluation erfolgte eine zusammenfassende Bewertung der Leistungen der Projekte. Hierzu wurden sowohl Daten aus Selbstevaluationsmaßnahmen als auch aus Telefoninterviews mit angesehenen Bürgern und wichtigen Kooperationspartnern (lokalen Experten) herangezogen. Eine Wirkungsevaluation war im vorgegebenen Zeitrahmen nur dann möglich, wenn vom Projekt entsprechende Daten bereitgestellt werden konnten.

2. Allgemeine Angaben zum Projekt

- Genaue Bezeichnung: Hilfe für Betroffene rechter Gewalt
- Projektverantwortlicher: Hagen Kreisel
- Zielgruppe: Opfer rechtsextremer Übergriffe sowie Personen aus deren sozialen Umfeld, Fachvertreter aus öffentlicher Verwaltung, Politik, Vereinen und Verbänden, Polizei, interessierte Öffentlichkeit
- Projektzeitraum: Juli 2001 – 31. Dezember 2006
- Kosten des Projektes im Jahr 2006: 185.134,85 €
- Zuwendung durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ für den Zeitraum vom 1.1.2006 – 31.12.2006: 36.934,16 €

3. Kurze zusammenfassende Darstellung des Projektanliegens

Der Verein AMAL ist an den zwei Standorten Görlitz und Wurzen tätig. Am Standort Görlitz sind eine Beraterin und ein Berater (jeweils mit 19,25 Stunden) sowie eine Projektleitung (19,5 Stunden) tätig und im Standort Wurzen zwei hauptamtliche Berater mit jeweils 39 Stunden pro Woche. Darüber hinaus sind in die Arbeit ehrenamtliche Kräfte sowie Studierende der ortsansässigen Fachhochschulen eingebunden. AMAL ist zum einen als Servicestelle für die Wahrnehmung rechtsextremer Tendenzen und der Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Opfern rechtsextremer Übergriffe tätig und zum anderen als aufsuchende Beratungsstelle für Menschen, die Opfer rechtsextremer Gewaltübergriffe geworden sind. Dies schließt die Beratung von Angehörigen des sozialen Umfeldes ein.

Betroffene rechtsextremer Gewalt sollen im Rahmen der Beratungsarbeit und Begleitung psychosozial stabilisiert werden. Neben der Vermittlung juristischer und institutioneller Abläufe bzw. Verfahrensfragen, die mit den Übergriffen verbunden sind, werden Betroffene über materielle Entschädigungsmöglichkeiten in Kenntnis gesetzt. Über die individuelle Beratungsarbeit mit einzelnen hinaus, wird die interessierte Öffentlichkeit für die Belange von Opfern und deren Perspektive sensibilisiert, was auch eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für rechts-extreme, rassistische und antisemitische Ausprägungen im Einzugsgebiet beinhaltet.

4. Der Projektkontext

3.1 Projektkontext Görlitz

Die Stadt Görlitz liegt im Osten Deutschlands in direkter Nachbarschaft zu Polen und der Tschechischen Republik. Die Stadt zeichnet sich durch eine überschaubare und beschauliche städtische Atmosphäre aus. Dies führt zu einer hohen Identifikationsbereitschaft mit der Stadt, die auch mit der in jüngster Zeit vorgenommenen Restaurierung des Stadtkerns in Zusammenhang steht. Die historische Altstadt kann mit ihren Besonderheiten in Architektur und Bauweise als verbindendes Element angesehen werden. Das baukünstlerische Bild der Stadtanlage zeugt von einer herausragenden wirtschaftlichen und politischen Stellung in der Geschichte Görlitz. Türme und Wehranlagen, Kirchen und Bürgerhäuser der Altstadt künden noch heute von einem Gewerbe- und Handelszentrum im Spätmittelalter und der frühen Neuzeit.

Als Folge massiver Abwanderung in der Nachwendezeit befindet sich die Stadt immer noch im Aufbruch, was nach Angaben der AMAL-Mitarbeiter für unterschiedlichste Lebensstile Nischen zur Verfügung stellt. Die Grenznähe wird nach Ansicht der AMAL-Mitarbeiter von vielen Görlitzern eher als Bedrohung in Bezug auf Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und als Anlass für Kriminalitätsfurcht wahrgenommen. Die Abwanderung insbesondere leistungsstarker junger Menschen ist, wie in anderen Regionen Ostdeutschlands auch, als problematisch zu bewerten. Im Verhältnis verlassen mehr Einwohner die Stadt Görlitz (2148 Pers., das sind 36,7 je 1000 Einwohner) als hinzukommen (2050 Pers., das sind 35 je 1000 Einwohner¹). Zurzeit hat die Stadt 60.567 Einwohner². Der Rat ist zurzeit CDU-geführt und ist im Stadtrat mit einem Vertreter der als national-konservativ einzuschätzenden DSU vertreten, die in der Vergangenheit durch rechtsrevisionistische Ausrichtungen auf sich aufmerksam gemacht hat. Die DSU wird im sächsischen Verfassungsschutzbericht jedoch nicht als rechtsextreme Partei eingestuft. Görlitz verfügt mit 21,3% über eine für Sachsen überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote (im Vergleich Sachsen: 16%). Laut Bundesagentur für Arbeit waren dies im Juli 2006 5.749 Menschen.

Die rechtsextreme Szene in Görlitz kann nach Angaben der AMAL-Mitarbeiter als eher locker strukturiert bezeichnet werden, die keineswegs das Stadtbild prägt. Dennoch gibt es in der Stadt Gaststätten und Kioske, die als Orte eingeschätzt werden, welche von alternativ ausgerichteten Personen als auch offensichtlich fremd erscheinenden Menschen gemieden

¹ Quelle: www.meinestadt.de/goerlitz/home

² http://www.goerlitz.de/index_tourismus_stadtporrait.html

werden. Ein Anschlag auf die jüdische Synagoge in Görlitz am 20. April diesen Jahres wurde von offizieller Seite durch den Oberbürgermeister scharf verurteilt.

3.2 Projektkontext Wurzen

Die Stadt Wurzen stand insbesondere in den 90er Jahren im Mittelpunkt öffentlicher Berichterstattung. Sie galt als „rechte Hochburg“. Die Stadt verfügt über eine attraktive Altbausubstanz. Die kommunalpolitische Atmosphäre wird von einem AMAL-Mitarbeiter als für Jugendliche eher wenig attraktiv beschrieben. Seiner Ansicht nach liegt der kommunalpolitische Schwerpunkt vielmehr auf der Förderung kommunaler Hochkultur bei gleichzeitiger Abwesenheit einer jugendkulturellen Szene bzw. Alternativkultur. Eine Alternative zum offiziellen Mainstream haben vor allem rechtsextreme Kreise in den 90er Jahren organisiert und besetzt. Dies waren vor allem Treffpunkte für Jugendliche in Häusern und Gaststätten. Die Nähe zu Leipzig befördert die Abwanderung vor allem junger Studenten in die Großstadt, was zu einem demographisch schwierigen Ungleichgewicht führt. Somit ist nach Ansicht des AMAL-Mitarbeiters die Atmosphäre vor Ort durch wenig kritische geistige Anregung und intellektuelle Belebung gekennzeichnet. Die Angebote der kommunalen Jugendhäuser und –zentren bilden zwar mittlerweile wieder Anlaufpunkte für Kinder und Jugendliche, versorgen jedoch schwerpunktmäßig die Altersgruppe der bis 16jährigen. Insbesondere ältere Jugendliche und junge Erwachsene finden kaum attraktive Freizeitgestaltungsmöglichkeiten außerhalb der Angebote der rechtsextremen Milieus. Im Jahr 2004 hat ein Bombenanschlag auf das NDK Wurzen und das AMAL-Büro stattgefunden. Ein rechtsextremer Hintergrund des Anschlags wird jedoch nur vermutet.

Die Kleinstadt Wurzen mit ihren rund 15.000 Einwohnern liegt knapp 30 Kilometer von Leipzig entfernt. Wie andere ostdeutsche Kleinstädte leidet auch Wurzen unter einer erheblichen Abwanderung. Zwischen Ende 1990 und Ende 2004 hat die Stadt rund 3.700 Einwohner verloren, was einem Bevölkerungsrückgang von 19,6% entspricht. Im gesamten Muldentalkreis stieg die Bevölkerungszahl dagegen um 5611 (4,4%).³ Die Arbeitslosenquote lag im ersten Quartal 2005 in Wurzen bei 18,5% und damit im Rahmen der sächsischen Quote von 18,0%.⁴ Der Ausländeranteil betrug am Stichtag 31.12.2004 lediglich 1,3% (194 Personen).⁵

³ Quelle: Gemeindestatistik Sachsen, online im Internet unter <http://www.statistik.sachsen.de/index/21gemstat/unterseite21.htm>, Abruf am 20.08.2006

⁴ Quellen: Bundesagentur für Arbeit/Agentur für Arbeit Oschatz: Presseinformation Nr. 11. Oschatz 2. Februar 2005. Online im Internet unter http://www.arbeitsagentur.de/content/de_DE/sachsen/076/importierter_inhalt/pdf/piamb0105.pdf, Abruf am 20.08.2006; Industrie und Handelskammer zu Leipzig: Statistischer Bericht – 1. Quartal 2005. Leipzig: IHK 2005, S. 7.

5. Das vom Projekt bearbeitete Problem

Die von dem Projekt bearbeiteten Problemlagen liegen auf unterschiedlichen Ebenen. Zum einen gibt es einen hohen Informationsmangel bezüglich rechtsextremer Erscheinungsweisen und Entwicklungen in der Öffentlichkeit, aber z. T. auch in den Fachgremien öffentlicher Verwaltungen sowie auf Vereins-, und Verbandsebene im Einzugsgebiet. Der Aspekt der aufklärerischen Tätigkeit und der Dokumentation sowie Veröffentlichung rechtsextremer Erscheinungen ist als Reaktion auf die zum Teil restriktive Umgehensweise in einzelnen Regionen mit der Thematik anzusehen. Dies erscheint auch sinnvoll, da insbesondere in den ländlichen Gebieten große Defizite im Umgang mit der Problematik Rechtsextremismus auszumachen sind, was sich dort insbesondere auch im menschenfeindlichen Einstellungsverhalten zeigt, wie in der Expertise seitens der Universität Bielefeld im Rahmen dieser Evaluation nachgewiesen werden konnte (vgl. Stichs 2006, S.31). Die Aufklärung über die Erscheinungsweisen der rechtsextremen Szenen berücksichtigt hierbei vor allem aktuelle Entwicklungen, die auch die Veränderungen innerhalb der Szenen zum Gegenstand hat, da sich hieraus neue Notwendigkeiten bei der Bearbeitung des Problemfeldes ergeben.

B: „Also, ich sehe sie. Also, man muss dazu wissen, dass sich das Bild der Rechtsextremisten ja auch geändert hat, ne? Also das Outfit. Das sind eben keine Springerstiefel und Glatzen mehr oder tragen keine Glatzen mehr. Das sind - ja - also so wie ich sie kenne oder kennengelernt habe mittlerweile - sind vom Äußerlichen her ganz normal. Ganz normale - was weiß ich - Karstadtklamotten oder Turnschuhe. Und man würde es nicht wissen, dass es Rechte sind, wenn man sie nicht kennen würde.“ (P-Int.: 50)

Die schwerpunktmäßig bearbeitete Problematik ist die Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewaltübergriffe. Diese genießen in der Regel keinen gesonderten Schutz und werden weitgehend mit ihren durch die Tat erlittenen Verletzungen allein gelassen. Wie empirisch nachgewiesen werden konnte, sind mit der Viktimisierung auf Seiten der Opfer zahlreiche Verunsicherungen und Vertrauensverluste verbunden, die einer gesonderten psychosozialen Unterstützung bedürfen. (Lobermeier 2006, S. 91).

„Bei massiver oder fortgesetzter Viktimisierung kommt es dabei unter Umständen zu einem Verlust des „Systemvertrauens“ (...), also des Vertrauens in die grundlegenden Normen und Werte des Gesellschaftssystems, in dem die Betroffenen zu Opfern wurden.“ (Böttger/Lobermeier/Strobl 2005, S. 332)

⁵ Quelle: Gemeindestatistik Sachsen, a.a.O.

Die zum Teil von institutioneller Seite vorgenommenen institutionellen Diskriminierungen werden in der viktimologischen Literatur als sekundäre Viktimisierungen diskutiert und behindern bzw. erschweren den Verarbeitungsprozess der erlittenen Verletzungen enorm. Eine Unterstützung und Begleitung der Opfer im Umgang mit polizeilichen und gerichtlichen Verfahrensweisen ist somit als höchst sinnvoll anzusehen, wenn die Perspektive der Opfer stärkere Berücksichtigung finden soll. Wesentlich erscheint bei der Bearbeitung des Arbeitsfeldes durch AMAL auch die Einbeziehung des sozialen Umfeldes der Betroffenen. Wie insbesondere Strobl 1998 nachweisen konnte, kann zwischen direkter und indirekter Viktimisierung unterschieden werden (vgl. auch Strobl/Lobermeier/Böttger 2003, S. 31), wobei auch indirekte Viktimisierungen, d. h. solche, bei denen der Betroffene von den Folgen einer Tat gegen eine unmittelbar geschädigte Person mitbetroffen ist, zum Teil erhebliche Verletzungen bei den Viktimisierten hervorrufen können.

Bei der bearbeiteten Zielgruppe handelt es sich in erster Linie um Jugendliche alternativer Jugendkulturen, da Menschen mit Migrationshintergrund, als typische Opfergruppe, insbesondere im eher kleinstädtischen und ländlichen Raum kaum leben und im öffentlichen Raum in Erscheinung treten.

B: „Also, was Überfälle oder - ja - Angriffe auf Ausländer betrifft, also auf Migranten, gibt es die im Prinzip nicht, weil eben die - ich sag mal - Zielgruppe fehlt. Es gab fast jährlich zu Silvester oder um Silvester herum Angriffe auf vietnamesische Geschäfte. Also die Scheiben eingeschlagen, auch Sprühereien. Ansonsten sind, glaub ich, die Opfer rechter Gewalt in Wurzen hauptsächlich, ja, so Skater, Punks. Also so aus der ... Also nicht rechte Jugendliche. Also, wie gesagt, auf Ausländer weniger, weil's die eben einfach nicht gibt.“ (P-Int.: 26)

Als besondere Problematik wird die Einstellung der Normalbevölkerung im Hinblick auf die Akzeptanz rechtsextremer Inhalte gesehen. So liegt nach Angaben der AMAL-Mitarbeiter in der Bevölkerung ein hohes Potential fremdenfeindlicher Einstellungen vor, dass sich in einer breiten Zustimmung zu den Positionen rechtsextremer Parolen äußert. Diese hohe Zustimmung zu fremdenfeindlichen Positionen konnte auch in der Expertise für das Land Sachsen nachgewiesen werden (vgl. Stichs 2006, S. 17).

B: „Also in dem Bezug, glaub ich, ist sie nicht sehr gut. Also, die Leute oder die Bevölkerung könnte schon 'n ganzen Teil dessen, was Rechtsextreme so als Weltbild verstehen, unterschreiben. Also, dass es zu viele Ausländer gibt. Ne? Also solche ganz einfachen plakativen Sachen. Dass Deutsche zuerst Arbeit brauchen, ne. Aber ich glaub, das wissen wir auch, ne? So. Das ist ja nicht nur in Wurzen so. Was ich so mitbekomme, ist, dass eben auch Leute, die

ich überhaupt nicht als rechts bezeichnen würde, halt ..., also die - ich sag mal - die Mitte der Gesellschaft eben solche Dinge auch unterschreiben kann und die man auch ..., die auch - was heißt öffentlich? Doch, auch schon öffentlich diskutiert werden und angesprochen werden, ne? Also dass es keine Tabuthemen mehr sind. Das ... Also, die NPD sitzt im Stadtrat, ne, und da unterhalten sich auch so die Abgeordneten miteinander, ne. Also dass es so normal wird.“ (P-Int.: 42)

6. Ursachenannahmen des Projektes und ihre Plausibilität aus wissenschaftlicher Sicht

Bei der Frage nach den Ursachenannahmen des Projektes muss vor allem auf die Unsicherheiten und fehlenden Orientierungen hingewiesen werden, die mit dem sozialen Wandel im Rahmen der kapitalistischen Globalisierung einhergehen. Neben hoher Arbeitslosigkeit sind hierbei vor allem Perspektivlosigkeit insbesondere bei bildungsarmen jungen Menschen und die Unzufriedenheit mit politischen Vertretern und deren Organen zu nennen. Insbesondere das Wegbrechen integrationsfördernder Alltagsstrukturen bergen ein hohes Risiko für die Entwicklung abweichender, vor allem fremdenfeindlicher Verhaltensweisen.

„In modernen Gesellschaften ist vor dem Hintergrund des globalen Wandlungsdrucks eine Integrations-Desintegrationsdynamik entstanden, in der sich Zugangs-, Teilnahme- und Zugehörigkeitsprobleme mit Anerkennungsverletzungen verbinden und in Ängsten vor und Erfahrungen von Prekarität, Ausgrenzungen und Verunsicherungen ihren Ausdruck finden. Diese können unter bestimmten Umständen in zerstörerische Handlungs- und Regressionspotenziale für eine humane Gesellschaft und liberale Republik umschlagen.“ (Heitmeyer/Imbusch 2005, S. 9)

Hauptsächlich die mangelnde Integration in die Arbeitswelt führt für viele junge Menschen zu Erfahrungen von Nutzlosigkeit und Ausgrenzung, denen sie unter bestimmten Umständen mit übermäßiger Gewalt, insbesondere gegen Angehörige fremder Subkulturen oder Kulturen begegnen. Vor diesem Hintergrund erscheint die von AMAL verfolgte Strategie, neben der Beratung von Opfern solcher Gewaltekzesse auch in der Normalbevölkerung eine Sensibilität für die Perspektive dieser Betroffenen zu implementieren und darüber hinaus über die menschenfeindlichen Aktivitäten rechtsextremer Täter zu informieren, als sehr Erfolg versprechend. Die immer wieder erlebte Bagatellisierung rechtsextremer Gewalttaten und deren Kategorisierung als unpolitisch wird dem Ausmaß an kontinuierlicher minderwertigkeitsbehaup-

tender Gewaltanwendung und den damit verbundenen Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat zumeist nicht gerecht, wie Schneider explizit herausstellte:

„Hassverbrechen sind besonders gefährliche Rechtsbrüche, weil sie die pluralistische Gesellschaft und den demokratischen Rechtsstaat untergraben. Schäden entstehen auf drei Ebenen“ (Schneider 1998: 322):

- der Ebene der physischen, psychischen und gesellschaftlichen Verletzung
- der Ebene der Bevölkerungsgruppe, der die Betroffenen angehören
- der Ebene des demokratischen Rechtsstaates und der pluralistischen Gesellschaft im Sinne der Verletzung der Verfassungs- und Menschenrechte

7. Einbindung des Projektes in institutionelle Strukturen und Vernetzung

Das Projekt „Hilfe für Opfer rechter Gewalt“ arbeitet in regelmäßigen Treffen eng mit der Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule e.V. (RAA) Dresden und Leipzig zusammen. Hierbei stehen vor allem die gemeinsame Weiterentwicklung professioneller Beratungsstandards und die Zusammenarbeit im Qualitätszirkel der Opferberatungsstellen im Vordergrund. Eine weitere enge Zusammenarbeit besteht mit den Mobilien Beratungsteams und den Netzwerkstellen, eine Kooperation findet aber quasi mit allen CIVITAS-geförderten Institutionen, Projekten und Vereinen in Sachsen statt. Für das Wurzener Büro gibt es eine sehr enge Kooperation mit dem Netzwerk Demokratische Kultur in Wurzen. In der Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus wird mit den ortsansässigen Polizeidirektionen zusammengearbeitet. Weiterhin besteht eine professionelle Arbeitsteilung mit dem Weißen Ring. Die Zusammenarbeit mit der Görlitzer Opferberatungsstelle ist kaum ausgeprägt, da diese ihren Arbeitsschwerpunkt auf die Arbeit mit Opfern häuslicher Gewalt gelegt hat. Neben festen Kooperationen gibt es je nach Falllage immer wieder die Zusammenarbeit mit Sozialarbeitern in Jugendclubs und Streetworkern, die vor Ort Zugänge zur Klientel bereitstellen:

B: „Also, es gibt auch - was weiß ich - Sportvereine - ne? - wo wir irgendwie mal einen Kontakt herstellen konnten und die jetzt Ansprechpartner zum Beispiel sind. „Mein Trainer XY hat ...“ und sagt „Mensch, hier, Herr Sowieso, wir haben da was gehört in Ihrer Nachbargemeinde. Können Sie da mal ... Oder können wir da mal vorbeikommen? Können wir uns mal treffen, und Sie zeigen uns das mal, wo das passiert ist, oder versuchen, da irgendwie ‘n Kontakt zu Betroffenen herzustellen?“ Meistens weiß man ja gar nicht, wer das Opfer ist, ne. Al-

so, das klappt schon sehr gut. Was haben wir noch? Na ja, durchaus - was ich vorhin schon sagte - so auch mal jemanden auf politischer Ebene ... Wir rufen auch mal 'n Bürgermeister an, ne? Und sagen: „Mensch, können wir mal vorbeikommen, um über die Situation zu reden.“ Die dann auch ... Die man dann auch später wieder anrufen kann, ne? Das klappt schon. Was gibt's denn sonst noch für Kontakte? Jugendhäuser, Jugendvereine, so die Richtung. Das sind meistens Anlaufpunkte. Natürlich auch Asylbewerberheime. Ganz wichtig. Also wenn's sich um einen rassistischen Angriff handelt auf 'n Ausländer, auf 'n Asylbewerber, dann wissen wir: „Okay, da müssen wir in das Asylbewerberheim fahren.“ (P-Int.: 128)

Das Projekt kann im Raum Sachsen als sehr gut vernetzt beschrieben werden. Insbesondere die enge Zusammenarbeit mit den übrigen Opferberatungen ist als qualitätssicherndes Element anzusehen, da durch den professionellen Austausch auch eine kontinuierliche kollegiale Fachberatung gewährleistet wird.

8. Darstellung und Bewertung der Ziele und Maßnahmen des Projektes

Projektname: Hilfe für Betroffene rechter Gewalt (AMAL Görlitz und Wurzen), Nr. 274

Leitziel	<p>Alle Menschen leben nach demokratischen Prinzipien und können sich frei und gleichberechtigt in der Gesellschaft entfalten.</p> <p>Durch Unterstützung werden Betroffene rechter Gewalt in die Lage versetzt, erlittene Ausgrenzung zu überwinden.</p>					
Mittlerziele	MZ1: Betroffene rechter Gewalt haben juristische, materielle und persönliche Genugtuung erfahren	MZ2: Betroffene sind psychosozial stabil	MZ3: Außenstehende nehmen die Perspektive der Betroffenen ein	MZ4: Menschen sind für rechtsextreme, rassistische und antisemitische Ausprägungen sensibilisiert	MZ5: Es besteht ein funktionierendes Netzwerk demokratischer Akteure	MZ6: Die Beratungsarbeit ist professionell und entspricht den aktuellen Qualitätsstandards
Handlungsziele	HZ1.1: Betroffene sind nach zwei Beratungsgesprächen über Ablauf und Rahmenbedingungen von Strafverfahren informiert	HZ2.1: Betroffene haben nach dem ersten Treffen über ihre Erfahrungen gesprochen und dadurch Entlastung erfahren	HZ3.1: Politische Akteure, Journalisten, Sozialarbeiter, Polizei, Verwaltungsangestellte und Abonnenten des Newsletters nehmen beim gegenwärtigen Stand des Projektes die Perspektive von Betroffenen wahr	HZ4.1: Teilnehmer von Informationsveranstaltungen haben ihr Wissen über aktuelle Szenetendenzen, Symboliken, Musikstile und Strukturen rechtsextremer Gruppen erweitert	HZ5.1: AMAL bildet zum gegenwärtigen Stand des Projektes eine Brückenfunktion zwischen verschiedenen Akteuren in den zwei regionalen Netzwerken	HZ6.1: Die Fortbildungsbedarfe der Mitarbeiter sind bekannt und werden im laufenden Jahr realisiert.
	HZ1.2: Betroffene kennen vier Wochen vor Verhandlungsbeginn ihre Rechte und Pflichten als Zeugen	HZ2.2: Betroffene wissen nach zwei Gesprächen, dass sie keine Schuld am Geschehen tragen	HZ3.2: Politische Akteure, Journalisten, Sozialarbeiter, Polizei, Fachkräfte der Verwaltung und Abonnenten kennen beim gegenwärtigen Stand des Projektes Hintergründe zu ausgewählten Fällen rechtsextremer Gewalt	HZ4.2: TN von Informationsveranstaltungen kennen die Kontextbedingungen rechtsextremer Übergriffe	HZ5.2: AMAL ist zum gegenwärtigen Stand des Projektes ein Repräsentant für zivilgesellschaftliche Kräfte im landesweiten „Netzwerk Tolerantes Sachsen“	HZ6.2: Die Recherche- und Beratungstätigkeit ist zum gegenwärtigen Stand des Projektes nachvollziehbar und transparent, wird statistisch erfasst und veröffentlicht

	HZ1.3: Betroffene sind mit Abschluss des Strafverfahrens über Entschädigungsmöglichkeiten informiert	HZ2.3: Betroffene kennen zu jedem Zeitpunkt des Beratungsprozesses ihren spezifischen Hilfebedarf und sind ermutigt, Probleme selbstständig zu lösen	HZ3.3: TN von Workshops und Schulprojekten erleben im Zuge der Veranstaltung die Perspektive von Betroffenen rechtsextremer Übergriffe	HZ4.3: Besucher der Homepage sind über das Ausmaß rechtsextremer Erscheinungen im Beratungsgebiet informiert		HZ6.3: Standards der Datenerfassung und Beratung sind zum gegenwärtigen Stand des Projektes vereinheitlicht
	HZ1.4: Betroffene kennen nach zwei Beratungsgesprächen Möglichkeiten, ihren Fall in der Öffentlichkeit und institutionellen Akteuren darzustellen	HZ2.4: Betroffene kennen zu jedem Zeitpunkt des Beratungsprozesses spezifische, externe Unterstützungsangebote zur Bewältigung der Folgen des Übergriffs	HZ3.4 Jugendliche in Sachsen kennen bis Ende 2006 rechtsextremer Codes sowie die Situation von Opfern rechtsextremer Gewalt.	HZ.4.4: Interessenten sind fortlaufend angemessen und aktuell informiert		HZ6.4: Die Beratungspraxis ist zum gegenwärtigen Stand des Projektes reflektiert
	HZ1.5: Betroffene erhalten im Bedarfsfall eine Entschädigung	HZ2.5: Betroffene kennen nach dem Erstgespräch mögliche psychische Folgen eines Übergriffs und können ihre Reaktionen und ihre Emotionen einordnen				HZ6.5: Das Beratungsangebot des Projektes ist zum gegenwärtigen Stand des Projektes öffentlich bekannt.
	HZ1.6: Betroffene führen sich sicher und unterstützt im Umgang mit Polizei, Rechtsanwälten und Justiz sowie im Umgang mit den Medien.	HZ2.6: Betroffene kennen nach dem zweiten Beratungsgespräch Handlungsoptionen für typische Gefahrensituationen				
		HZ2.7: Betroffene nehmen am Ende des dritten Gesprächs Unterstützerpersonen im sozialen Umfeld bewusst wahr und können die Reaktionen von Personen des sozialen Umfeldes einordnen				

Maßnahmen	M1.1.1: Aktive Aufnahme des Erstkontaktes	M2.1.1: Durchführung eines klientenzentrierten Beratungsgespräches unter Berücksichtigung des lebensweltlichen Kontextes des Betroffenen sowie der Grundsätze Parteilichkeit für den Betroffenen, Gewährleistung seiner Autonomie und Transparenz der Beratung.	M3.1.1: Pressemitteilungen und Pressegespräche	M4.1.1: Durchführung von Informationsveranstaltungen in Ostsachsen	M5.1.1: Einspeisung von Informationen in den e-Mail-Verteiler	M6.1.1: Ermittlung von Fortbildungsbedarf im Rahmen von Teambesprechungen und Qualitätszirkeln der Opferberatungsstellen
	M1.1.2: Durchführung von Beratungsgesprächen (aufsuchender Ansatz)	M2.2.1: siehe 2.1.1.	M3.1.2: Gestaltung und Versendung des Newsletters	M4.2.1: Beteiligung an Diskussionsrunden	M5.1.2: Regelmäßige aktive Teilnahme an Netzwerktreffen	M6.1.2: Bereitstellung finanzieller Mittel
	M1.1.3 Verteilung von mehrsprachigen Rechtshilfebroschüren	M2.2.2: Betroffene werden angeregt, ein Gedächtnisprotokoll anzufertigen.	M3.1.3: Kooperationsgespräche mit o.g. Akteuren	M4.3.1: Homepagepflege und Versendung des Newsletters	M5.1.3: Vermittlung von Informationen zwischen den beiden Netzwerken	M6.1.3: Recherche nach relevanten Weiterbildungsangeboten und Teilnahme
	M1.1.4: Vermittlung von Anwälten	M2.3.1: Fragetechniken (Zielfragen) zur Ermittlung des Hilfebedarfs.	M3.2.1: siehe M3.1.1/2/3	M4.4.1: Telefonische Beratung und Beratung per e-Mail	M5.2.1: Aufstellung zur Wahl der Sprechergruppe	M6.2.: Statistische Erfassung der Beratungs- und Recherchetätigkeit in einer Datenbank und Veröffentlichung und Interpretation der Daten
	M1.2.1: Verteilung von mehrsprachigen Rechtshilfebroschüren	M2.3.2 Empowerment durch Ermutigung im Gespräch.			M5.2.2: Einspeisung von Informationen in den e-Mail-Verteiler	M6.3: Mitarbeit im Qualitätszirkel der Opferberatungsstellen
	M1.2.2: Durchführung von Beratungsgesprächen (aufsuchender Ansatz)	M2.4: Informationen über psychologische und andere spezialisierte Beratungsstellen und ggf. Vermittlung			M5.2.3: Nutzung der Netzwerkhomepage für eigene Veröffentlichungen	M6.4.1 Fachlicher Austausch im Rahmen der Vernetzungstage mit anderen Opferberatungen in den neuen Bundesländern sowie Austausch im Rahmen der Kooperationstreffen mit RAA Sachsen

	M1.2.3: Vermittlung von Anwälten	M2.5: Informationen über mögliche psychische Folgen eines Angriffs und Abgleich mit tatsächlich wahrgenommenen Veränderungen.			M5.2.4: regelmäßige aktive Teilnahme an den Treffen der Sprechergruppe	M6.4.2: Team- und Fallbesprechung sowie Supervision
	M1.3.1: Durchführung von Beratungsgesprächen (aufsuchender Ansatz)	M2.6: Thematisierung der zukünftigen Gefährdung und Klärung möglicher Handlungsoptionen.	M3.3.1: Rollenspiele mit anschließender Diskussion und Reflexion		M5.2.5: Teilnahme am jährlichen Landestreffen	M6.4.3: Einbeziehung von Ehrenamtlichen sowie Studierenden im Rahmen von Praktika
	M1.3.2: Verteilung von mehrsprachigen Rechtshilfebroschüren	M2.7.1: Im Rahmen der aufsuchenden Beratung: Klärung der Frage, welche Personen Unterstützung leisten könnten.	M3.3.2: Kartenabfragen nach Metaplantchnik			M6.5.1: Verteilung einer mehrsprachigen Rechtshilfebroschüre in Jugendklubs, bei Ausländerbeauftragten, Asylbewerberheimen und anderen relevanten Einrichtungen.
	M1.3.3: Vermittlung von Anwälten	M2.7.2: Thematisierung der Reaktion des sozialen Umfeldes und Vergleich mit den Erwartungen der Betroffenen.	M3.4: Erstellung eines Comics zur Thematik.			6.5.2: Verteilung eines deutschsprachigen Falblattes an Betroffene, die Polizei und an Orten wie unter 6.5.1.
	M1.4.1: Angebot für und ggf. Erstellung von Pressemitteilungen					6.5.3 Anbringung von Plakaten in Schulen und Jugendeinrichtungen.
	M1.4.2: Aufnahme von Fällen in Chronik					
	M1.4.3: Aufnahme von Fällen im Newsletter					
	M1.4.4: Weiterleitung von Informationen an einzelne Journalisten					
	M1.4.5: Kontaktvermittlung zu politischen und öffentlichen Akteuren					
	M1.5.1: Unterstützung bei der Beantragung von Entschädigungen					

	M1.5.2: In gravierenden Fällen: Durchführung einer Spendenkampagne					
	M1.6.1: Begleitung der Betroffenen zu Polizei, Anwälten, Gerichtsverhandlungen und Pressegesprächen.					

Das Leitziel des Projektes „Hilfe für Betroffene rechter Gewalt“ splittet sich in die beiden Bereiche Entwicklung einer demokratischeren Gesellschaft durch Aufklärung und Veröffentlichung rechtsextremer Tendenzen sowie individuelle Überwindung erfahrenen Unrechts durch rechtsextreme Gewalt. Die Sinnhaftigkeit der Kopplung dieser beiden Leitziele ist nachvollziehbar und lässt deutlich werden, dass es nicht nur um die individuelle Hilfestellung für einzelne Individuen, sondern auch um die politische Komponente der Einmischung in gesellschaftliche Alltagsstrukturen geht. So bedingen sich die beiden Arbeitsstränge auch von daher, als dass der pro-aktive Ansatz des Aufsuchens von Opfern rechtsextremer Gewalt von einem großen Informationsnetzwerk profitiert, welches für die tägliche Arbeit unerlässlich ist.

B2: „Also, unsere Arbeit ist ganz viel mit Recherche verbunden. Also das heißt, wir müssen uns sozusagen täglich, wöchentlich ein Bild verschaffen über unser Beratungsgebiet. Was wir mittels der lokalen Presse und Internet machen und natürlich auch auf ‘n großes Netz von Kooperationspartnern angewiesen sind, die uns einfach erzählen, was in den verschiedenen Regionen für Themen vorherrschen beziehungsweise ob’s irgendwo zu Übergriffen gekommen ist oder zu irgendwelchen rechten Vorkommnissen, wo man einfach mal dann ‘n Auge drauf werfen sollte aus ..., also unserer täglichen Arbeitssicht.“ (P-Int.: 113)

So werden auf der Beratungsebene Betroffene rechtsextremer Überfälle aufgesucht und betreut, was im Idealfall zu einer psychosozialen Stabilisierung dieser Personen führt (MZ2). Hierbei sollen diese durch Gespräche eine Entlastung von ihren Erlebnissen erfahren (HZ2.1). Überaus wichtig ist in diesem Kontext die Vermittlung, dass die Betroffenen als viktimisierte Personen keine Schuld an dem Geschehenen haben (HZ2.2), sondern ihnen als Opfer ein Recht und materielle sowie psychische Entschädigung zusteht. Die Betroffenen sollen ihren Hilfebedarf erkennen und Wege finden, Probleme selbstständig zu lösen (HZ2.3). Hierfür kennen sie für die Bewältigung der Folgen des Angriffs relevante Unterstützungsangebote (HZ2.4), können aber auch mögliche psychische Folgen, die mit dem Angriff im Zusammenhang stehen, einordnen (MZ2.5) und kennen Handlungsoptionen für typische Gefahrensituationen (MZ2.6). Ziel hierbei ist es, dass die Betroffenen Unterstützungspersonen aus ihrem sozialen Umfeld bewusst wahrnehmen und Reaktionen von Personen aus ihrem Umfeld besser einordnen können (MZ2.7). Zur Bearbeitung dieser Ziele werden u.a. mit den Betroffenen klientenzentrierte Beratungsgespräche geführt, in denen die Grundsätze der Parteilichkeit für die Perspektive der Opfer, die Gewährleistung der Autonomie der Opfer und die Transparenz der Beratung im Vordergrund stehen (M2.1.1)

Die Beratungsarbeit ist im Laufe der Projektzeit einer kontinuierlichen Professionalisierung unterzogen worden, was auch in der Weiterführung ein anzustrebendes Ziel im Hinblick auf eine hohe Beratungsqualität darstellt (MZ6).

B1: „Ja, sind auf alle Fälle professioneller geworden. Also, wenn man dieses ..., ja, von dem Berufsbild Opferberater sprechen will, das hat sich irgendwie geschärft, vor allem durch die gemeinsamen Weiterbildungen mit den Kolleginnen der anderen Projekte. Das war über die Jahre hinweg also ‘ne wichtige Konstante. Die Themen sind sozusagen durch die Leute auch selbst definiert worden, der Bedarf, und das dann auch organisiert wurde. Natürlich ... Also ‘ne gewisse Routine hat sich eingespielt, also - sagen wir mal - ‘ne Standardisierung der Abläufe. Am Anfang haben wir eigentlich fast alles neu erfunden so.“ (P-Int.: 136)

Zur kontinuierlichen Professionalisierung gehören die jährliche Abfrage und Realisierung von Fortbildungsbedarfen (HZ6.1) und die Reflexion der jeweiligen Projektarbeit (HZ6.4), aber auch die Transparenz der Arbeit (HZ6.2) sowie eine standardisierte Datenerfassung (HZ6.3).

Neben psychosozialer Stabilisierung werden die Betroffenen über juristische, materielle und persönliche Entschädigungsverfahren informiert (MZ1). Ziel hierbei ist es vor allem, dass sich die Betroffenen sicherer im Umgang mit Polizei, Rechtsanwälten und Justiz sowie im Umgang mit den Medien fühlen (HZ1.6). Dazu gehört, dass sie ihre Rechte und Pflichten als Zeugen kennen (HZ1.1), aber auch über etwaige Entschädigungsmöglichkeiten informiert worden sind (HZ1.3).

Neben dem Aufbau eines Netzwerkes demokratischer Akteure (MZ5) steht in der politischen Arbeit die Sensibilisierung Außenstehender für die Perspektive der betroffenen Opfer (MZ3), als auch die Informierung über rechtsextreme, rassistische und antisemitische Ausprägungen im Vordergrund (MZ4). Adressaten sind u. a. politische Akteure, Journalisten, Polizei, aber auch Mitarbeiter von Verwaltungen, denen die Perspektive von Opfern nahe gebracht wird (HZ3.1). Darüber hinaus werden aber auch Interessierte über aktuelle Tendenzen der rechtsextremen Szene in der Region, über Symboliken, Musikstile und Strukturen rechtsextremer Gruppierungen informiert (HZ4.1).

AMAL strebt an, eine Brückenfunktion zwischen verschiedenen Akteuren in den vor Ort aktiven Netzwerken zu bilden (HZ5.1). Im landesweiten Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ ist AMAL Repräsentant für zivilgesellschaftliche Kräfte (HZ5.2). Die Arbeit für das Netzwerk demokratischer Akteure wird durch regelmäßige aktive Teilnahme an Netzwerktreffen (M5.1.2), die Einspeisung von Informationen in den e-Mail-Verteiler (M5.1.1), die Vermitt-

lung von Informationen zwischen unterschiedlichen Netzwerken (M5.1.3) und der Teilnahme an jährlichen Landestreffen gewährleistet (M5.2.5).

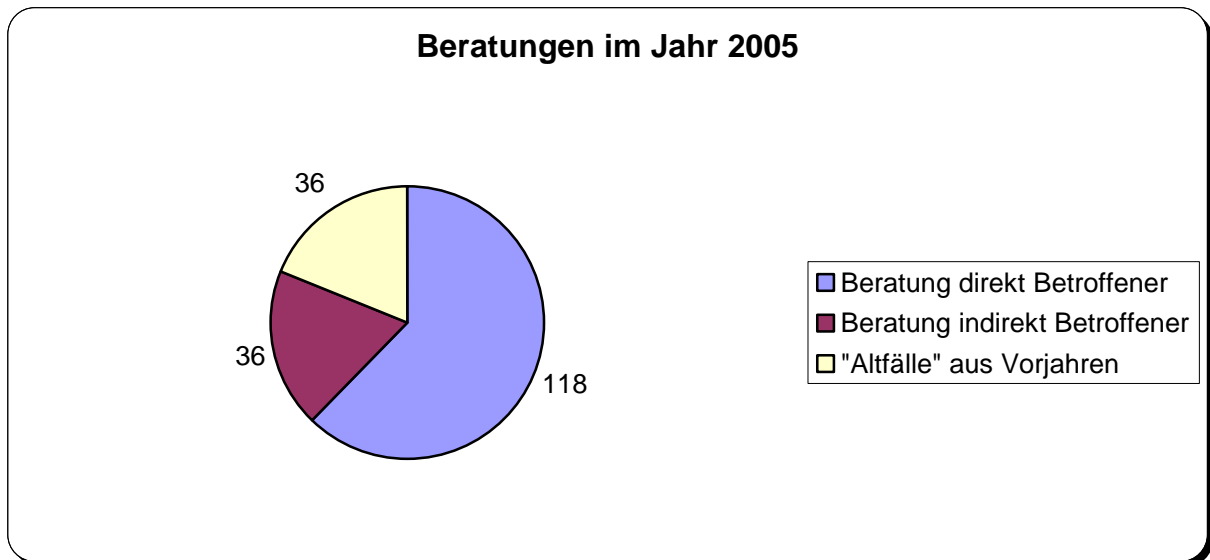
9. Zielgruppen und Zielgruppenerreichung

Die von AMAL bearbeitete Zielgruppe sind Menschen in der Region Ostsachsen, die Opfer rechtsextremer Übergriffe geworden sind sowie Personen aus deren sozialen Umfeld. Die Zielgruppe dieser Angriffe sind in erster Linie Jugendliche aus gefährdeten Subkulturen wie Punks und Skater. AMAL ist speziell in den Landkreisen Muldentalkreis, Döbeln, Mittweida, Chemnitzer Land, Zwickauer Land, Vogtlandkreis, Stollberg, Aue-Schwarzenberg, Annaberg, Bautzen, Niederschlesischer Oberlausitzkreis, Löbau-Zittau sowie in den kreisfreien Städten Chemnitz, Zwickau, Plauen, Hoyerswerda und Görlitz aktiv.

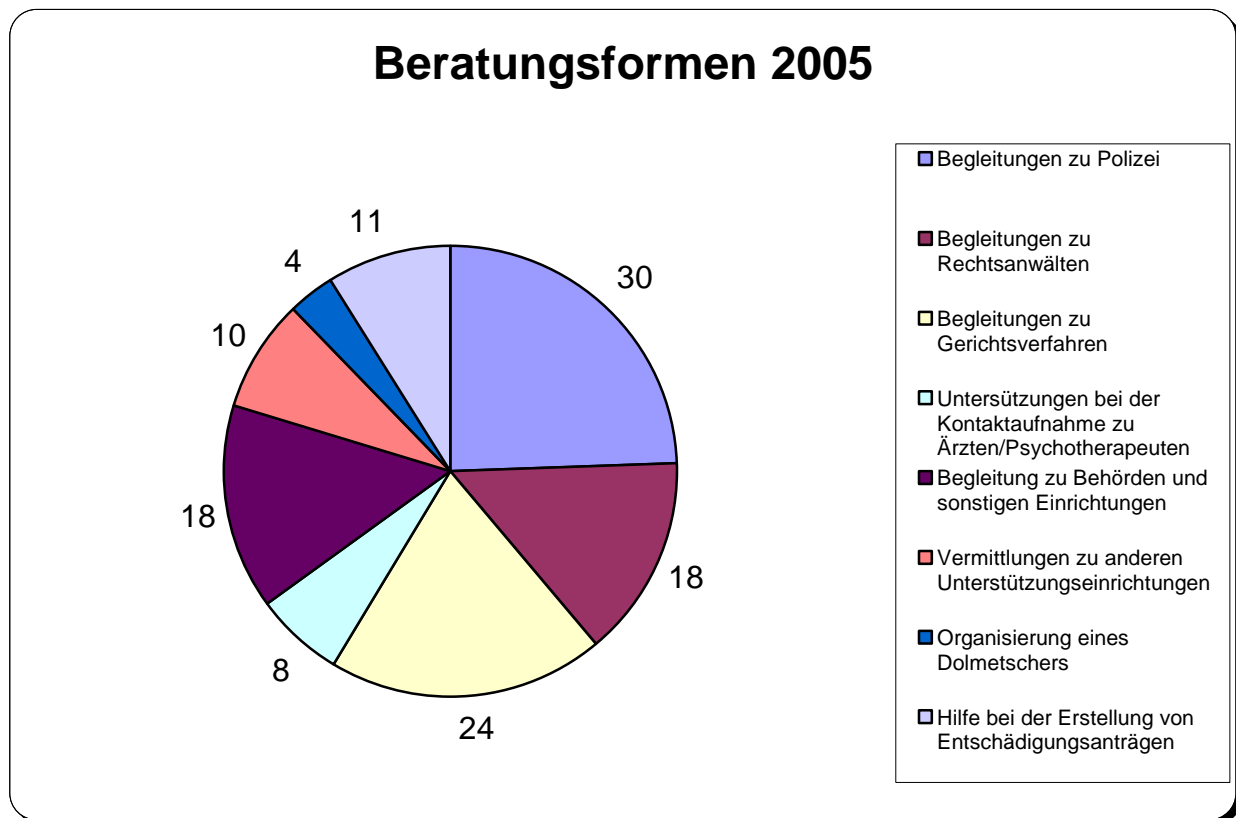
Neben der Beratung gehören zur angestrebten Zielgruppe von AMAL Fachvertreter aus öffentlicher Verwaltung, Politik, Vereinen und Verbänden, Polizei sowie die interessierte Öffentlichkeit.

„BI: Das Problem ist, der ..., also dass der Zugang zu diesen verschiedenen betroffenen Gruppen unterschiedlich ist. Also Leute, die so aus dem alternativen Milieu kommen, da ist es für uns viel leichter, Kontakt herzustellen. So, vielleicht auch aufgrund der Überschaubarkeit in der Stadt. Aber Leute, die also eher ..., also selbst nicht so richtig wissen, warum sie eigentlich angegriffen wurden, die das vielleicht gar nicht unbedingt als rechten Angriff auch sozusagen für sich verbuchen, da ist es also für uns natürlich schwierig, da ‘n Kontakt herzustellen. Vielleicht sind die auch deshalb einfach in unserer sozusagen Beratungsstatistik weniger repräsentiert. Und das Gleiche gilt für andere Betroffenenengruppen, wo sich der Zugang schwierig gestaltet. Zum Beispiel Obdachlose oder Wohnungslose. Wo wir wissen - also zumindest auch von dem, was Kollegen aus anderen Projekten erzählen - das ist ‘ne Gruppe, gegen die sich rechte Gewalt auch richtet, aber wo es also ganz schwierig ist, einen Fuß in die Tür zu bekommen. Das Gleiche ist bei Schwulen und Lesben. So. Wir wissen, da gibt’s natürlich Anfeindungen. Aber es ist also schwierig, da wirklich ‘n Zugang zu bekommen, oder die Leute haben andere Ressourcen, die ihnen helfen, sozusagen mit diesem Übergriff umzugehen, also sind woanders eingebunden, wo sie Unterstützung bekommen. Aber das sind nur Vermutungen.“ (P-Int.: 62)

AMAL hat im Zeitraum 2005 insgesamt 190 Betroffene rechtsextremer Übergriffe beraten. Von diesen waren 118 Personen unmittelbar von der Tat betroffen und weitere 36 gehören als unmittelbar Betroffene zum sozialen Umfeld der direkt Viktimisierten. Weiterhin wurden 36 aus den Vorjahren weiter betreut.

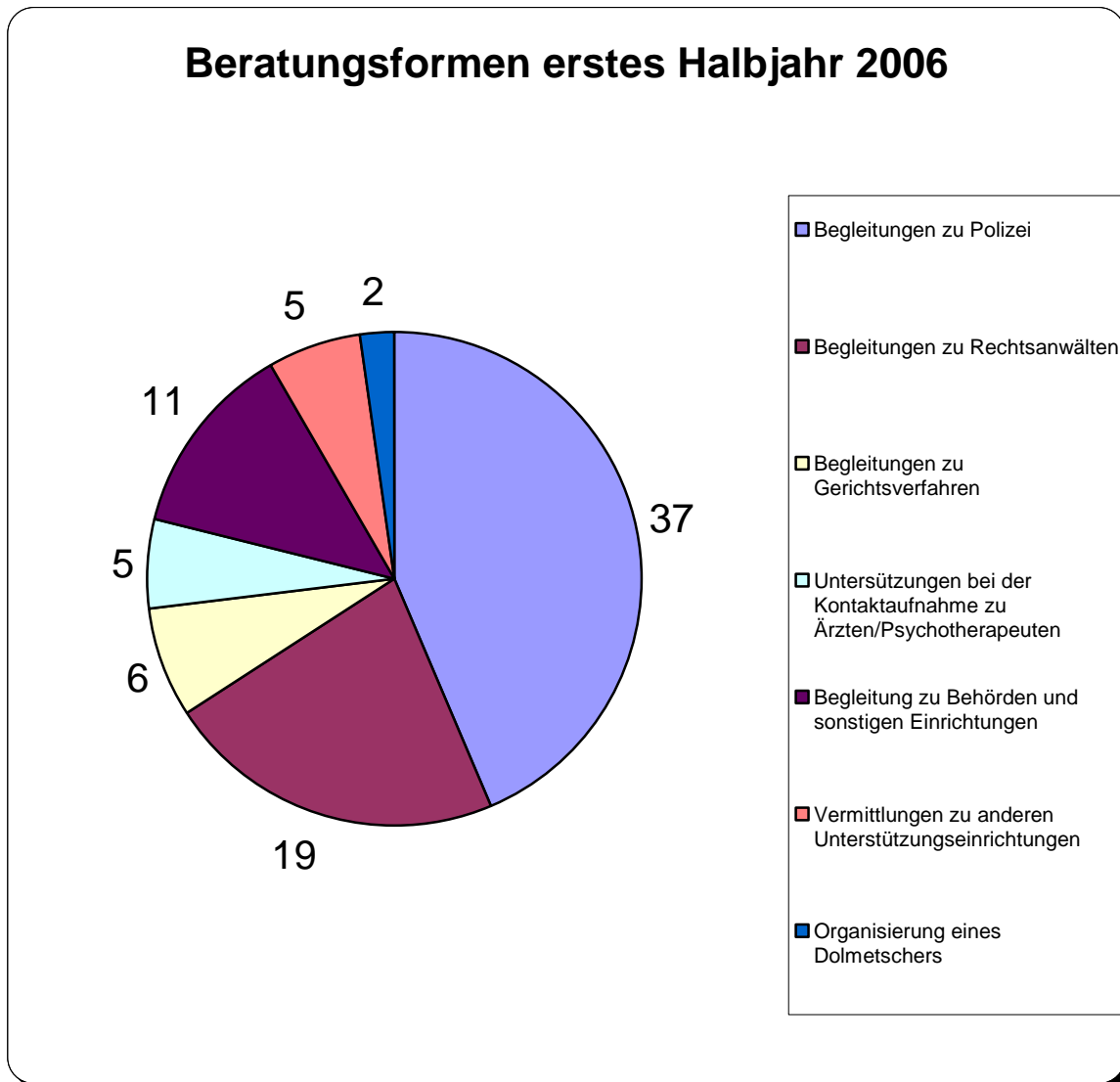


Die Unterstützungsleistungen und Beratungen durch die AMAL-Mitarbeiter sahen dabei wie folgt aus. Im Jahr 2005 wurden 30 Personen zu Polizeidienststellen begleitet und 18 zu Rechtsanwälten. Weiterhin wurden 24 Personen bei der Kontaktaufnahme zu Ärzten bzw. Psychotherapeuten unterstützt und 18 Personen wurden zu Behörden und sonstigen Einrichtungen begleitet. Weitere Unterstützungsformen waren die Vermittlung zu anderen Unterstützungseinrichtungen (N=10) sowie die Hilfe bei der Erstellung von Entschädigungsanträgen. Den geringsten Anteil macht die Organisation von Dolmetschern aus (N=4). Es sei an dieser Stelle anzumerken, dass über eine ehrenamtliche Einbindung von qualifizierten Freiwilligen (pensionierten Richtern o.ä.) insbesondere bei Begleitungen zu Gerichten oder bei Verfahrensfragen Ressourcen für die tatsächliche individuelle Beratungsarbeit freigelegt werden könnten. Diese Freiwilligenhelfer verfügen über zum Teil erhebliches Fachwissen in Bezug auf verfahrensrechtliche Prozesse und können ihre jahrelange Berufserfahrung in die Arbeit mit Opfern rechtsextremer Übergriffe einfließen lassen.

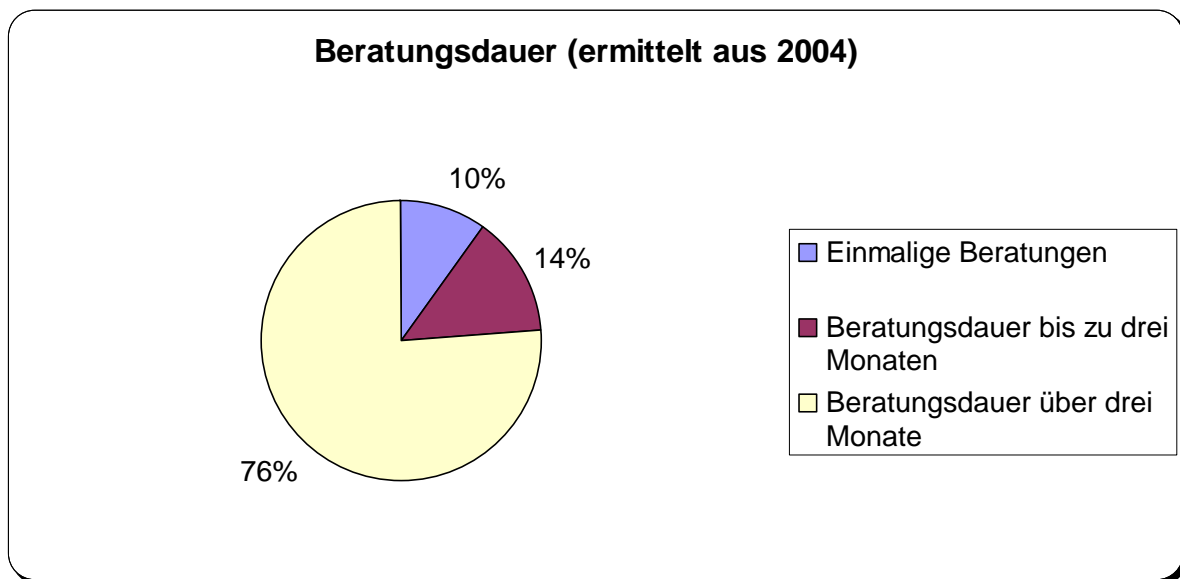


Im Vergleich zum Jahr 2005 fällt auf, dass im ersten Halbjahr des Jahres 2006 bereits mehr Begleitungen zu Polizei (N=37) und zu Rechtsanwälten (N=19) zu verzeichnen sind als im gesamten Jahr 2005. Rückgängig scheint bis dato lediglich die Begleitung zu Gerichtsverfahren zu sein. Diese Entwicklung hängt vermutlich mit der gefestigten Etablierung der AMAL-Büros in den jeweiligen Regionen zusammen, da von einer eklatanten Zunahme an rechtsextremen Übergriffen von 2005 auf 2006 nicht ausgegangen werden kann⁶.

⁶ Laut Verfassungsschutz Sachsen unterscheidet sich die Zahl der Rechtsextremisten im Jahr 2006 kaum von der im Jahr 2005 (vgl. <http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/extremismus/index.html>). Die Gewaltdelikte mit „rechtsextremem“ Hintergrund lagen im Jahr 2005 bei 93. Für das Jahr 2006 liegen noch keine vergleichbaren offiziellen Zahlen vor (vgl. Verfassungsschutzbericht 2005: Quelle: <http://www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/extremismus/index.html>)



Die Dauer der individuellen Beratungen lässt sich wie folgt darstellen. 76% aller Fälle wurden über einen Zeitraum von länger als drei Monaten betreut. 14 % wurden bis zu drei Monaten beraten und lediglich 10% erhielten eine Einmalberatung.



10. Bewertung der Effizienz der Maßnahmen

Das Projekt „Hilfe für Betroffene rechter Gewalt“ hat im Projektzeitraum 2001 bis 2006 insgesamt Fördermittel in Höhe von 1.437370,96 Euro erhalten. Davon wurden durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ im Jahr 2005 36.324,- Euro kofinanziert und im Jahr 2006 36.934,16 Euro.

Für die Tätigkeiten, die mit der Betreuung von Opfern rechtsextremer Übergriffe verbunden sind, werden etwa 40% der Arbeitszeit anberaumt und etwa ebensoviel für den Bereich Öffentlichkeitsarbeit/Aufklärungsarbeit und Kooperation mit und in verschiedenen Netzwerken. Etwa 20% der Arbeitszeit entfallen auf die Projektverwaltung, die Mittelakquise und die Teamarbeit. Somit hat das Projekt 3,5 Mitarbeiterstellen zur Verfügung. Diese leisten nach einer durchschnittlichen Berechnung⁷ 5.530 Arbeitsstunden pro Jahr. Für die Beratung von Opfern, als auch für die Durchführung von Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit ergeben sich damit 2.212 Stunden für jeden dieser beiden Bereiche. Bezogen auf die Beratung von Opfern ergibt sich eine Gesamtanzahl von n=190 beratener Fälle im Jahr 2005. Somit kann festgestellt werden, dass pro Beratungsfall im Durchschnitt ein Stundenaufkommen von 11,6 Stunden vorliegt. Multipliziert man dieses Zeitaufkommen mit dem nach BAT IV Ost eingruppierten Stundenlohn von 17,15 Euro, dann ergibt sich ein Einsatz an Personalressourcen

⁷ Laut Berufsgenossenschaft ergeben sich für eine volle Mitarbeiterstelle ein jährliches Arbeitsstundenaufkommen von 1580.

pro Fall von 198,94 Euro. Dies erscheint vor dem Hintergrund einer aufsuchenden Arbeit, bei der von einem erschwerten Zugang zur Zielgruppe ausgegangen werden kann, als angemessen.

Die tatsächlich erbrachten Leistungen im Sektor Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit lassen sich nicht bestimmen, da hierzu keine Informationen vorliegen. Es erscheint aber vor dem Hintergrund eines ausgewogenen Verhältnisses von Opferberatung auf der einen Seite und Aufklärungs-/Öffentlichkeitsarbeit auf der anderen Seite angebracht, diese Aufteilung auch nach außen transparent zu machen. Insbesondere im Hinblick auf die Vergleichbarkeit mit anderen Beratungsangeboten sollte deutlicher herausgestellt werden, dass die Beratung von Opfern sich mit den anderen Tätigkeiten im Hinblick auf die Ressourcen auf einer gleichberechtigten Ebene befindet. Vergleicht man etwa die vorgenommene Aufteilung mit der, die von der Bundeskonferenz der Erziehungsberatungen vorgenommen wird, so wird deutlich, dass deren Empfehlungen von einem Ressourcenaufwand bei individueller Beratung von 60% der Jahreskapazität ausgehen und lediglich 30 % der Jahresarbeitskapazität für die Präventions- und Vernetzungsarbeit empfehlen. Der Aufwand für Teamreflexion und Supervision wird bei 10% der Jahresarbeitszeit veranschlagt⁸.

11. Hemmende und begünstigende Faktoren für den Projekterfolg

In Anlehnung an den Workshop „Qualitätssicherung und Selbstevaluation“ der im Juni 2006 vom Evaluationsteam durchgeführt wurde haben die Mitarbeiter/-innen von AMAL eine Soft-Analyse durchgeführt, in welcher sie sehr offen die Möglichkeiten und Probleme des Projektes offen gelegt haben. Das Ergebnis dieses Prozesses soll hier stichwortartig dargestellt werden:

a.) Zufriedenstellendes

- Konzeption macht Sinn
- Teamarbeit
- MA verfügen über ausreichende Arbeitsmittel
- Projektstruktur
- Anerkennung der Projektidee durch gesellschaftliche Akteure
- Positive Resonanz bei Betroffenen
- Status als ExpertInnen zum Thema rechte Gewalt in Sachsen bei JournalistInnen u.a.

⁸ Diese Berechnungen sind Empfehlungen, die auf der Fachtagung „Aufgaben, Bedarfsanalyse und Finanzierung von Erziehungsberatung“ durch die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. herausgegeben wurden (Quelle: http://www.efb-berlin.de/download/fachtagung_mainz_5-03.pdf#search=%22%22Evaluation%22%20und%20%22Erziehungsberatung%22%22)

- Sinnvolle Ergänzung von Arbeitsansätzen in Netzwerken
- Fachlicher Austausch mit KollegInnen in Partnerprojekten

b.) Chancen und Möglichkeiten

- Ausbau der Arbeitsbasis (Südwestsachsen)
- Steigerung der Präsenz in von AMAL bislang unterversorgten Gebieten
- Anwendung von erworbenem Wissen (Weiterbildungen) in der Beratungspraxis sowie Transfer an KollegInnen
- Intensivierung des fachlichen Austauschs mit KollegeInnen in Partnerprojekten und anderen Opferberatungsstellen
- Chance der beruflichen Entwicklung und Kompetenzerweiterung

c.) Schwächen

- Abgrenzung bzw. Beschränkung von Arbeitsfeldern → Überstunden
- Z.T. veraltete Computertechnik, langsame Internetanbindung
- Nicht-Anerkennung der Projektidee durch gesellschaftliche Akteure
- Fehlende Möglichkeiten, die Lebenssituation von AsylbewerberInnen zu verbessern
- Unpünktlichkeit
- Arbeitsorganisation

d.) Bedrohliches

- Planungsunmöglichkeit durch unklare Fortführung der Finanzierung (Bund)
- Politische Diskursverschiebung beim Thema (Rechts-) Extremismus
- Ausbreitung rechtsextremer Einstellungsmuster und Stärkung von Nazistrukturen
- Einstellung der Beratungsarbeit führt zu Verschlechterung der Lage von Betroffenen und zur Ausdünnung zivilgesellschaftlicher Netzwerke
- Arbeitsplatzunsicherheit

Als besonders positiv für das Projekt „Hilfe für Betroffene rechter Gewalt“ kann die positive Anerkennung der Projektidee durch Externe herausgestellt werden. Dies wird von den AMAL-Mitarbeitern so wahrgenommen und konnte auch durch die Interviews mit den Externen belegt werden. Die seit 2001 entstandene Projektstruktur ist mittlerweile so professionell angelegt, dass der Expertenstatus für das bearbeitete Arbeitsfeld zu Recht proklamiert werden kann.

Als potentielle Expansionsmöglichkeit wird die Erweiterung des Zielgebietes auf Südwestsachsen gesehen, was bei einem Blick auf die Projektträgerlandschaft Sachsens auch als sinnvoll angesehen werden kann. Als weitere Entwicklungsmöglichkeit wird die Intensivierung des fachlichen Austauschs mit Partnerprojekten gesehen. Insbesondere das über die Jahre erworbene Wissen über praktische Zugänge und methodische Entwicklungen im Bereich

Opferberatung stellt eine wichtige Ressource da, die es gilt, an Dritte, auch außerhalb Sachsens, weiterzugeben.

Als Schwächen des Projektes wurden die vorhandene Arbeitsorganisation und zum Teil auch Unzuverlässigkeit herausgearbeitet. Insbesondere der letzte Punkt ist auch von Externen genannt worden, als es um die Bewertung des Vereins AMAL ging. Hierbei scheint der Faktor Abgrenzung zu anderen Arbeitsgebieten eine wesentliche Rolle spielen. Ist der Arbeitsbereich Opferberatung relativ klar umrissen, so zeigt sich insbesondere bei der Entwicklung demokratischer Alltagswelten eine Allzuständigkeit in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus als auch in Bezug auf die Zielgruppe. Es wird kaum deutlich, welche Fragestellungen des Themas Rechtsextremismus nicht bearbeitet werden und welche Zielgruppe kein Adressat der Arbeit von AMAL ist.

Das die Planungsunsicherheit in Bezug auf den Fortbestand der Projektarbeit als bedrohlich wahrgenommen wird, ist verständlich. Dies ist vor dem Hintergrund, dass es sich bei dem Angebot von AMAL faktisch um eine strukturelle Servicestelle handelt und keinen Projektcharakter ausweist, auch nachvollziehbar. Diese Problematik wird so lange im Vordergrund stehen, bis eine Loslösung aus Projektkontexten erfolgt und eine institutionelle Förderung vollzogen ist.

12. Bewertung des zeitlichen Ablaufs des Projektes

Eine Bewertung des zeitlichen Projektablaufs kann auf der Basis der vorhandenen Materialien nicht vorgenommen werden, da hierüber keine Aussagen gemacht wurden.

13. Hinweise auf Wirkungen der Maßnahmen

Neben einzelnen nicht repräsentativen Rückmeldungen durch Personen, die einen Beratungsprozess durchlaufen haben, gibt es bislang keine systematische Erfassung von Hinweisen auf Wirkungen. Zurzeit wird allerdings durch die Mitarbeiter/-innen von AMAL ein Evaluationsbogen erstellt, welcher auch zukünftig eingesetzt werden soll. Bezogen auf die Akzeptanz der Maßnahmen wird im folgenden Kapitel darauf eingegangen, welcher Stellenwert dem Projekt von Außenstehenden zugeschrieben wird. Die Steigerung der Beratungsfälle im ersten Halbjahr 2006 weist jedenfalls darauf hin, dass die Akzeptanz der Beratungsstelle bei Opfern

rechtsextremer Übergriffe sehr hoch ist. Inwieweit die einzelnen Maßnahmen bei den Betroffenen Wirkung zeigen, kann zum aktuellen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Sinnvoll wäre hier sicherlich eine Kategorisierung der Beratungsfälle nach (sub-)kulturellen Besonderheiten bzw. ethnischer Zugehörigkeit.

14. Bewertung des Projektes durch Externe

Im Rahmen der Befragung externer Personen, die mit dem Projekt in Verbindung stehen, konnten in einem telefonischen Interview Einschätzungen von folgenden Personen herangezogen werden:

- Ein Mitarbeiter der Initiative „Augen auf“
- Ein Jugendrichter
- Der Leiter der Polizeidirektion Westsachsen
- Ein Sekretär des DGB Ostsachsen sowie
- Eine Mutter, deren zwei Söhne Opfer rechtsextremer Übergriffe geworden sind.

Die Bewertungen des AMAL-Projektes durch externe Personen fallen auch von dem Projekt eher kritisch eingestellten Personen höchst positiv aus. So wird AMAL bescheinigt, weitreichend gesellschaftliche Kreise für das Thema Rechtsextremismus in der Region sensibilisiert zu haben. Aus polizeilicher Sicht wird proklamiert, dass durch einen Wegfall von AMAL ein Vakuum in der Region in der Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus entstehen würde.

B: „Gäbe es AMAL nicht, wäre ein Vakuum die Folge. AMAL kümmert sich insbesondere um das Thema Rechtsextremismus wie nur wenige in der Region. Gerade die Opferbetreuung hält ist eine der wichtigsten Aktivitäten im Spektrum der Akteure. AMAL bietet Opfer einen „behüteten Ort des Vertrauens“ (T-Int.: 26)

Insbesondere die institutionelle Unabhängigkeit wird als großer Vorteil hervorgehoben, da Opfer von Gewaltverbrechen in Situationen psychosozialer Verunsicherungen eine vertrauensvolle Atmosphäre benötigen, die sie bei AMAL genießen. Lediglich einzelne Fälle von Unzuverlässigkeit seitens der Projektmitarbeiter trüben die ansonsten sehr zufrieden stellende Zusammenarbeit mit dem Projekt. Ansonsten wird dem Projektteam positiv zugeschrieben, dass sie im Bedarfsfall sehr schnell und flexibel auf rechtsextreme Erscheinungsweisen und

Vorkommnisse reagiert. Das Profil der Arbeit lässt sich durch die parteiliche Darstellung der Opferperspektive beschreiben, die weiten Teilen der Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerückt wird.

Der befragte Jugendrichter hebt hervor, dass Opfer rechtsextremer Gewalttaten insbesondere bei der Polizei einen schweren Stand haben und somit auf die Unterstützung und Begleitung der AMAL-Mitarbeiter angewiesen sind. Er weist auch darauf hin, dass etliche Straftaten im rechtsextremen Spektrum ohne AMAL nicht aufgeklärt und nicht einmal zur Anzeige gelangen würden.

Verbesserungsvorschläge werden im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gesehen. Der Bekanntheitsgrad des Vereins wird als zu szenespezifisch bewertet. Das Auftreten in der Öffentlichkeit wird der Einzigartigkeit und Wichtigkeit der Maßnahmen, die das Projekt anbietet, nicht gerecht. In diesem Zusammenhang wird auch die Homepage als zu überladen und unübersichtlich kritisiert.

Eine Überschneidung mit anderen Anbietern wird von den Befragten nicht gesehen. Im Gegenteil, die gute Aufteilung des Aufgabenfeldes mit dem Weißen Ring wird hervorgehoben, da hier gegenseitige Vermittlungen stattfinden.

15. Abschließende Bewertung und Fördervotum

AMAL – Hilfe für Betroffene rechter Gewalt ist das einzige im Rahmen der Projektevaluation des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ evaluierte Projekt, das Opferberatung anbietet. Obwohl der Gesamteindruck dem Projekt gegenüber positiv ausfällt, gibt es Schwachstellen in dem Projekt, die vor allem in den Bereichen Transparenz und Offenlegung von Ressourcen anzusiedeln sind. Dies ist eher erstaunlich, da der Gutachter nachweisen konnte, dass das Projekt in Bezug auf die Beratung von Opfern mit einem durchaus angemessenen Ressourcenaufwand arbeitet. Unklar bleibt, inwieweit die Zielgruppe der Opfer durch die Arbeitstruktur des Projektes zu sehr szenespezifisch eingegrenzt wird. Das räumliche Setting der Beratungsstelle erscheint insbesondere für Migranten, die ohnehin Schwierigkeiten mit der Inanspruchnahme institutioneller Leistungen haben, zu unseriös. Bei ausschließlich aufsuchender Arbeit wäre dieser Punkt aber zu vernachlässigen. Obwohl der Bereich der Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit für die spezielle Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt durchaus nachvollziehbar und sinnvoll erscheint, muss gesagt werden,

dass die Außendarstellung des Projektes dieser zwei Profile nicht unbedingt entspricht. Das heißt, dass das Projekt in erster Linie als Opferberatung auftritt, obwohl der Bereich der Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit mit dem gleichen personellen Aufwand betrieben wird.

Betrachtet man die Zielformulierungen des Projektes, so sind diese mit den zwei Leitzielen durchaus nachvollziehbar und aufeinander bezogen. Bei der Darstellung der Aufwendungen für einzelne Maßnahmen haben sich die Mitarbeiter von AMAL schwer getan und auch verzettelt, was es ihnen nicht ermöglicht hat, die geforderten Informationen zur Evaluation zeitnah zu liefern. Dies lag jedoch weniger an fehlender Kooperationsbereitschaft als vielmehr an der unstrukturierten Arbeitsweise, die dem Projekt zum Teil auch von Externen bescheinigt wurde. Die durchgeführten Maßnahmen scheinen insgesamt gut geeignet, um die angestrebten Ziele auf der Handlungsebene zu erreichen. War es dem Projekt nicht möglich, eine konkrete Zeitplanung vorzulegen, wurden andererseits sehr offen und realistisch die Möglichkeiten und Perspektiven, aber auch die Probleme und Schwächen angeführt, die den Projekterfolg ungünstig beeinflussen. Insbesondere für die nächste Förderphase sollte dem Projekt eine Entwicklung auf dem Gebiet des Projektmanagements verbindlich nahe gelegt werden. Das Projekt kann als sehr gut vernetzt bezeichnet werden, was vor dem Hintergrund der Projektlaufzeit seit 2001 aber auch erwartet werden konnte. Bei der mit dem Evaluationsteam durchgeführten Zielexplication ist sehr gut deutlich geworden, dass AMAL strukturell an der Entwicklung des Berufsbildes „Opferhelfer“ aktiv mitgearbeitet hat, was sich in einem großen Sachverstand bezüglich der Thematik ausdrückt. Positiv kann erwähnt werden, dass AMAL mittlerweile ein Instrument zur Selbstevaluation entwickelt hat, das unmittelbar in Einsatz gebracht werden soll. Aktuell liegen noch keine Hinweise auf Wirkungen der einzelnen Maßnahmen vor. Ebenfalls wurden noch keine Erfolgsindikatoren für die Zielerreichung entwickelt.

Das Bewertungssystem

Voraussetzung für die Bewertung ist eine grundsätzliche Bereitschaft der Projekte, an der Evaluation mitzuarbeiten. Diese Bereitschaft war bei allen Projekten gegeben, so dass kein Projekt wegen mangelhafter Kooperationsbereitschaft als nicht förderungswürdig eingestuft werden musste.

Zur Bewertung wenden wir ein dreistufiges Punktesystem an. Wenn ein Evaluationskriterium erfüllt ist, wird hierfür ein Punkt vergeben (+1). Wenn ein Kriterium nur teilweise erfüllt ist oder wenn es aufgrund der vorliegenden Informationen fraglich ist, dass das Kriterium erfüllt ist, wird kein Punkt vergeben (0). Wenn das Kriterium nicht erfüllt ist, wird ein Punkt abgezogen (-1). Wenn ein Projekt zu einem Aspekt keine Informationen zur Verfügung stellt, wird ebenfalls ein Punkt abgezogen (-1).

Bei der Bewertung unterscheiden wir ferner zwischen drei Kategorien: Kriterien erster Ordnung, Kriterien zweiter Ordnung und ergänzenden Kriterien.

Kriterien erster Ordnung müssen zumindest teilweise erfüllt sein. Wenn ein Projekt bei einem Kriterium 1 oder 2 negativ bewertet wird, betrachten wir es als nicht förderungswürdig, da ein Projekt mit unplausiblen und widersprüchlichen Zielsetzungen und/oder einer geringen Chance der Zielgruppener-

reichung schon aufgrund seiner Anlage so wenig Aussicht auf Erfolg hat, dass Verbesserungen nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand zu erreichen wären.

Kriterien zweiter Ordnung benennen dagegen Punkte, die grundsätzlich auch bei laufenden Projekten durch Strategien der Qualitätssicherung oder durch die Modifikation bisheriger bzw. die Wahl anderer Einzelmaßnahmen mit einem vertretbaren Aufwand verbessert werden können. Ein negativ bewerteter Aspekt führt daher nicht zu einem negativen Fördervotum.

Die ergänzenden Kriterien 8 und 9 beziehen sich auf wichtige Punkte, deren Erfüllung die Projekte aber im Rahmen der in der kurzen Zeitspanne der ersten Evaluationsphase überfordert hätte. Die Nichterfüllung dieser Kriterien bzw. fehlende Informationen zu diesen Kriterien führen daher nicht zum Punktabzug. Projekte, die die Kriterien gleichwohl erfüllen, erhalten hierfür jedoch einen Sonderpunkt, mit dem negative Bewertungen ausgeglichen werden können.

Zur abschließenden Bewertung werden die Punkte für die Kriterien 1-9 addiert. Insgesamt dürfen die Projekte keinen negativen Punktestand aufweisen, d.h. sie müssen mindestens 0 Punkte haben, um als förderwürdig eingestuft zu werden. Der Grund für diese relativ tolerante Bewertung ist das Ziel der Evaluation, die Projekte zur Offenlegung von Problemen und Schwächen zu ermuntern, um so valide Informationen für eine Verbesserung und Weiterentwicklung von Maßnahmen und Handlungsansätzen zu erhalten: *„Für eine positive Bewertung halten wir für ausschlaggebend, dass die Projektmitarbeiter bereit sind, ihr Projekt mit allen Stärken und Schwächen nachzuzeichnen (z.B. durch Stärken-Schwächen-Analysen). Nur wenn es gelingt, Fehler zu dokumentieren, wird es möglich sein, diese Fehler in Zukunft zu vermeiden und aus Erfahrungen zu lernen. Daher muss den Projekten zugesichert werden, dass die Dokumentation von Problemen keinen negativen Einfluss auf die Förderung hat“* (Angebot, S. 4). Gleichwohl sollte in der nächsten Förderphase darauf geachtet werden, dass offene gelegte Schwächen soweit wie möglich abgestellt werden.

Kriterien	Bewertung
<i>Kriterien 1. Ordnung</i>	
1. Konsistenz der Ziele	+1
2. Zielgruppenerreichung	0
<i>Kriterien 2. Ordnung</i>	
3. Nachvollziehbarkeit der Maßnahmen, um die Ziele zu erreichen	+1
4. Nachvollziehbarkeit und Plausibilität der Zeitplanung	-1
5. Nachvollziehbare Dokumentation von Stärken und Schwächen des Projekts	+1
6. Kooperation und Vernetzung	+1
7. Umfang der Leistungen, die mit den zur Verfügung gestellten Mitteln erbracht worden sind (Effizienz des Vorgehens)	-1
<i>Ergänzende Kriterien</i>	
8. Indikatoren für die Akzeptanz der Maßnahmen bei der Zielgruppe	0
9. Indikatoren für die Zielerreichung (Erfolgsindikatoren)	0
Gesamtpunktzahl	+2

Insgesamt ist AMAL mit dem Projekt „Hilfe für Betroffene rechter Gewalt“ ein förderungswürdiges Projekt, das insbesondere in den Bereichen Transparenz und Projektmanagement Nachholbedarf aufweist.

Literatur

Böttger, Andreas / Lobermeier, Olaf / Strobl, Rainer (2005): Interaktive Viktimisierung und rechtsextremistische Macht. In: Heitmeyer, Wilhelm / Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden

Bundesagentur für Arbeit/Agentur für Arbeit Oschatz: Presseinformation Nr. 11. Oschatz 2. Februar 2005. Online im Internet unter http://www.arbeitsagentur.de/content/de_DE/sachsen/076/importierter_inhalt/pdf/piamb0105.pdf, Abruf am 20.08.2006; Industrie und Handelskammer zu Leipzig: Statistischer Bericht - 1. Quartal 2005. Leipzig: IHK 2005, S. 7.

Gemeindestatistik Sachsen, online im Internet unter <http://www.statistik.sachsen.de/index/21gemstat/unterseite21.htm>, Abruf am 20.08.2006

Heitmeyer, Wilhelm / Imbusch, Peter (Hrsg.) (2005): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden

Lobermeier, Olaf (2006): Viktimisierung und (Des-)Integration. In: Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Berliner Forum Gewaltprävention. Dokumentation des 6. Berliner Präventionstages Männliche Sozialisation und Gewalt. Berlin

Städteportal, online im Internet unter www.meinestadt.de/goerlitz/home, Abruf am 15.09.2006

Stadt Görlitz, online im Internet unter http://www.goerlitz.de/index_tourismus_stadtportrait.html, Abruf am 05.09.2006

Stichs, Anja (2006): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen. Bielefeld

Strobl, Rainer / Lobermeier, Olaf / Böttger, Andreas (2003): Verunsicherung und Vertrauensverlust bei Minderheiten durch stellvertretende und kollektive Viktimisierungen. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung. 5.Jg., 1/2003